## Schriftlicher Bericht

des Finanzausschusses (14. Ausschuß)

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal), Bading, Mertes, Dr. Elbrächter und Genossen

- Drucksache V/1638 -

betr. steuerliche Regelung für Elektrofahrzeuge

## A. Bericht des Abgeordneten Feuring

Der Antrag wurde vom Plenum des Deutschen Bundestages in der 107. Sitzung am 28. April 1967 an den Finanzausschuß federführend, an den Verkehrsausschuß und an den Ausschuß für Gesundheitswesen mitberatend überwiesen.

Der Verkehrsausschuß hat den Antrag am 19. Oktober 1967, der Ausschuß für Gesundheitswesen hat ihn am 21. Juni 1967 beraten. Der Finanzausschuß behandelte die Vorlage am 27. September 1968.

In Übereinstimmung mit dem mitbeteiligten Ausschuß für Gesundheitswesen und dem Verkehrsausschuß schlägt der Finanzausschuß einstimmig vor, den Antrag Drucksache V/1638 unverändert anzunehmen. Die Bundesregierung soll ersucht werden, bei der bevorstehenden Kraftfahrzeugsteuerreform die Besonderheiten der Elektrofahrzeuge in einer Weise zu berücksichtigen, daß ihre Weiterentwicklung, die im Interesse der Abgas- und Lärmbekämpfung wünschenswert ist, nicht durch steuerliche Regelungen behindert, sondern möglichst gefördert wird.

Bonn, den 28. Oktober 1968

**Feuring** 

Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

## B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

im Interesse der Lärm- und Abgasbekämpfung bei der bevorstehenden Kraftfahrzeugsteuer-Reform den technischen Besonderheiten der Elektrofahrzeuge so Rechnung zu tragen, daß sich die Neuregelung fördernd auf ihre Weiterentwicklung und Verbreitung auswirkt.

Bonn, den 28. Oktober 1968

## Der Finanzausschuß

Dr. Schmidt (Wuppertal)

Feuring

Vorsitzender

Berichterstatter